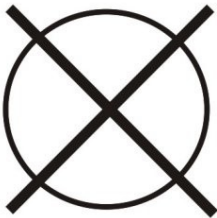


"Aufbegehren jetzt!"

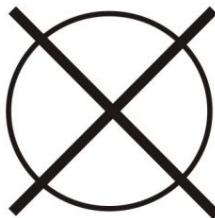
Bürgerinnen und Bürger melden sich zu Wort:



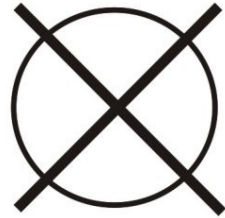
gegen zu hohe
Wasserpreise



für eine
gemeinnützige
Sparkasse



für kostenfreie
Universitäten



29. September 2007
15.00 Uhr
Rathaus Lichtenberg

Podiumsdiskussion mit:

Sahra Wagenknecht (MdEP Die Linke)
Sabine Finkentheiß (Bündnis gegen Privatisierung)
Thomas Rudek (Berliner Wassertisch)
Andy Möbius (Bündnis für Solidarität und freie Bildung)
Moderation Martin Hantke (AKL Berlin)

Am 18. Mai diesen Jahres wurde der Startschuss für drei Volksbegehren in Berlin gegeben. Die Berlinerinnen und Berliner erhalten damit die Möglichkeit sich zu Wort zu melden und dem Abgeordnetenhaus den Auftrag zu erteilen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger das Sparkassengesetz zu ändern, die Offenlegung der Verträge der Wasserbetriebe zu befördern und den kostenlosen Zugang an den Berliner Unis zu erhalten.

- ⇒ Bildung darf nicht zum Privileg der Wohlhabenden werden
- ⇒ Die Sparkasse ist nicht per sé eine sozialere Bank als andere, dafür braucht es gesetzliche Regelungen, auch wenn nun die Landesbank nun vom DSGV (Deutschen Sparkassen und Giroverband)
- ⇒ Die Wasserpreise müssen sozialverträglich sein und dürfen sich nicht am Profitinteresse der Konzerne orientieren

Die europäischen Hochschulen befinden sich im Umbruch. Bildung wird zunehmend als Ware begriffen, die erworben werden muss. Mehrere Bundesländer haben bereits Studiengebühren eingeführt. Das Ideal der Demokratischen Hochschule wird so zum Lippenbekenntnis. Doch es geht anders. Wir fordern ein barrierefreies Studium für alle, keine soziale Selektion durch Zugangsbeschränkungen und demokratische Hochschulen.

Mit dem Verkauf der Berliner Landesbank an den DSGV sind nicht alle Probleme gelöst. Dazu ist es notwendig auch das *Berliner Sparkassengesetz* entsprechend zu ändern. Der DSGV, als Gegner eines gesetzlich verankerten „Girokonto für jedermann“, bietet *keine Garantie* dafür, dass auch ärmeren und verschuldeten Menschen Zugang zu Finanzdienstleistungen gewährt wird. Nur durch ein neues Sparkassengesetz kann Gemeinwohlorientierung und demokratische Kontrolle der Berliner Sparkasse wiederhergestellt werden.

Das Land Berlin hält zwar noch 50,1 % der Anteile an den Berliner Wasserbetrieben, die Verfügungsgewalt und wirtschaftliche Lenkung des Unternehmens liegt aber de facto bei den privaten Konzernen. Bis heute sind die 1999 geschlossenen Verträge zur Teilprivatisierung geheim. Die Verträge mit einer Laufzeit bis zu 30 Jahren garantieren den Konzernen hohe Gewinne zu Lasten der Bevölkerung und schränken gleichzeitig den Einfluss der öffentlichen Hand - zum Beispiel auf die Preisgestaltung, auf die Beschäftigungssituation bei den BWB und auf die Investitionstätigkeit - extrem ein. Berlin hat die höchsten Wasserpreise in der ganzen Bundesrepublik.

Informieren Sie sich, diskutieren Sie mit, melden Sie sich zu Wort!

- Berliner Wassertisch - Bündnis gegen Privatisierung -
- Antikapitalistische Linke Berlin -